

Europäische Staatlichkeit in der posthegemonialen Konstellation

*Daniel Keil**

Schlüsselwörter: Europäische Integration, Staatstheorie, Krise, Autoritarismus, Hegemonie

Zusammenfassung: Die Europäische Union befindet sich in einer umfassenden Krise, die sich von der Euro- und Finanzkrise der 2010er Jahre bis zu den disruptiven Ereignissen der Corona-Krise erstreckt. Deren politische Bearbeitung und jeweiligen Ursachen werden gegenwärtig in den Politik- und Sozialwissenschaften sehr unterschiedlich beobachtet: Eine der häufigsten Annahmen sieht eine neue gesellschaftliche Spaltungslinie zwischen Globalisierung und Nationalstaat. Andere sehen die Krise als Effekt eines sich selbst überlebenden Neoliberalismus, der sich derart in die staatlichen Institutionen eingeschrieben habe, dass alternative Entwicklungspfade blockiert werden. Der Artikel greift die Fäden dieser verschiedenen Debatten beziehungsweise Ansätze auf und bündelt sie aus einer staats- und hegemonietheoretischen Perspektive neu. Durch diese theoretische Perspektive wird es möglich, die unterschiedlichen Krisen und ihre Bearbeitung in ihrem Zusammenspiel zu analysieren. Es entsteht eine posthegemoniale Konstellation, die maßgeblich durch die Entwicklungen europäischer Staatlichkeit in der Krise geprägt ist.

Abstract: The European Union is amid a comprehensive crisis, ranging from the euro and financial crisis of the 2010s to the disruptive events of the Corona crisis. Their political treatment and their respective causes are currently observed very differently in the political and social sciences: One of the most common assumptions sees a new cleavage between globalization and the nation state. Others see the crisis as the effect of a self-surviving neoliberalism that has inscribed itself in state institutions in such a way that alternative paths of development are blocked. This article picks up the threads of these different debates or approaches and re-bundles them from a state- and hegemony-theoretical perspective. This theoretical perspective should make it possible to analyze the different crises in their interplay. A posthegemonic constellation is emerging that is decisively shaped by the developments of European statehood in crisis.

* Daniel Keil, Universität zu Köln
Kontakt: daniel.keil@uni-koeln.de

1. Einleitung

Es herrscht weitgehende Einigkeit darüber, dass die Europäische Union sich in einer tiefgreifenden Krise befindet, die aus einem Zusammenspiel verschiedener Krisendimensionen besteht.¹ Die Diagnosen über deren jeweilige Ursachen und Bearbeitungen fallen allerdings sehr unterschiedlich aus: Als Entwicklung einer neuen Spaltungslinie, als Polarisierung oder als Krise der Demokratie. Insbesondere wirkmächtig sind die Annahmen einer neuen Spaltungslinie und einer gesellschaftlichen Polarisierung, die zu einem Schwinden des Konsenses über den grundsätzlichen Fortschritts- und Entwicklungspfad der demokratischen Institutionen führe (vgl. Zimmer 2019). Uneinigkeit scheint nur darüber zu herrschen, welche Polarisierungen ab welchem Punkt problematisch für die Demokratie werden. Zu beobachten sind dabei eine gewachsene Bedeutung der Cleavage-Theorie (vgl. Rokkan 2000), vor deren Hintergrund eine neue gesellschaftliche Spaltungslinie zwischen dem Globalen und Nationalen konstatiert wird (vgl. zum Beispiel Widmann 2016). Ergänzend wird die Frage diskutiert, ob dabei kulturelle oder ökonomische Faktoren ausschlaggebend seien für die Entwicklung zweier gesellschaftlicher Blöcke (vgl. Manow 2018; Zürn 2020). Analog wird die Krise der Demokratie als Resultat eines Niedergangs des Nationalstaats in der Globalisierung gedeutet (vgl. Streeck 2021; Jörke 2019). Im Unterschied zu diesen Ansätzen soll im Folgenden argumentiert werden, dass die Krise der Demokratie nicht auf ein Missverhältnis globaler Ökonomie zu nationaler Politik zurückzuführen ist, sondern dass es sich vielmehr um eine politische Krise handelt, die nicht allein eine nationalstaatliche ist, sondern fundamental in der Entwicklung europäischer Staatlichkeit angesiedelt ist. Die räumliche Diversifizierung von Staatlichkeit ist ein wichtiges Element der Krise. Als deren zentrales Merkmal wird die tendenzielle Verunmöglichung der Herstellung eines gesellschaftlichen Konsenses im Zuge der Krisenbearbeitung angesehen. Daher muss die Veränderung von Staat und Politik im und durch den europäischen Integrationsprozess Berücksichtigung finden.

Mit der Covid-19-Pandemie verschärften sich die krisenhaften Entwicklungen, führten aber auch zur Aufweichung vormals äußerst unverrückbarer Prinzipien. Mit den Beschlüssen zur Aufbau- und Resilienzfazilität und zum *NextGenerationEU*-Programm (vgl. Europäischer Rat 2020a) wurde mit der Aufweichung des Verschuldungsverbotes zumindest ein zentraler Grundsatz der Europäischen Union modifiziert. Es ist jedoch fraglich, ob dies als Abkehrsbewegung von der neoliberalen Konstitution zu verstehen ist (vgl. Oberndorfer 2020a). Vielmehr verstärkten sich während der Coronakrise gleichzeitig integrative wie auch „zentrifugale Kräfte“ (Sablowski 2020). Die Europäische Union versucht in ihren Programmen in Verbindung mit der *Konferenz für die Zukunft Europas* (im Folgenden: *CoFoE*) eine Art neuen Konsens herzustellen, allerdings ohne die autoritären Tendenzen europäischer Entwicklung abzuschwächen. Zudem haben sich die Grundlagen der gesellschaftlichen Wahrnehmung von Krisen verändert. So scheint

1 Ich danke den unbekannten Reviewer*innen und den Herausgeber*innen für ihre kritischen Anmerkungen und Hinweise.

in vielen Konflikten ein zugrundeliegender Konsens über die Wahrnehmung politischer Institutionen und ihre Legitimität verloren gegangen zu sein. Dieser Verlust verweist daher auf ein tieferliegendes Problem der Krise der Demokratie: In der gegenwärtigen Konstellation wird die Bildung von Konsens *überhaupt* schwierig. Gesellschaftlicher Konsens wird hier aus einer hegemonietheoretischen Perspektive als Ergebnis der Verdichtung gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse verstanden. Er resultiert aus einer bestimmten Konstellation von Staat und Ökonomie, von Akkumulation und Regulation, in der sich aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Kräften durch Kompromisse ein Block an der Macht herausgebildet hat². Diese Konstellation fußte auf gesellschaftlichen Bedingungen, die sich durch die multiplen Krisen (vgl. Knodt/Große Hüttmann/Kobusch 2020; Bader et al. 2011) und deren Bearbeitung stark verändert haben. Ob diese Veränderungen bereits eine neue Formation hervorgebracht haben oder ob sich die gegenwärtige Phase als *Interregnum* (vgl. Streeck 2016) oder gar als gescheiterte Formation begreifen lässt, die mit dem Begriff der Krise vielleicht nicht mehr richtig erfasst werden kann (vgl. Demirović 2022; Foster/Suwandi 2021), ist umstritten. Hier soll an diese Fragen anknüpfend argumentiert werden, dass sich eine neue Formation herausgebildet hat, die durch ihre Instabilität prozessiert, wodurch die gesellschaftlichen Voraussetzungen erneuter Hegemoniebildung und damit die Voraussetzungen der Erzeugung eines neuen Konsenses tendenziell verloren gehen. Die Verhältnisse von Politik und Ökonomie, Staat und Gesellschaft haben sich, kurz gesagt, zu einer posthegemonialen Konstellation entwickelt.

Um diese These zu untermauern, werden im Folgenden zentrale Merkmale der posthegemonialen Konstellation skizziert: Im Rückgriff auf (2) (neo)gramscianische Arbeiten zur Europäischen Integration und ihre zentralen Begriffe (Staat, Hegemonie, Konsens, Kompromiss) wird zunächst die Krisenentwicklung der EU kurz skizziert (2.1), in deren Verlauf die Möglichkeit der Organisation von Hegemonie durch tiefgreifende Veränderungen des Staates maßgeblich geschwunden ist. Dies bedeutet ein Zerbrechen von politischen (Hegemonie)Projekten und begründet die aus der Situation der EU resultierende Schwierigkeit, hegemonieorientierte Bündnisse zu rekonfigurieren. Deshalb rückt das Verhältnis von Zivilgesellschaft und europäischer Staatlichkeit in den Mittelpunkt (2.2), da die Schwächung von Konsensapparaten zugunsten repressiver Staatsapparate zentraler Bestandteil der Manifestation einer posthegemonialen Konstellation ist. Dies wird verstärkt durch Verschiebungen im Verhältnis von Wissen und Wahrheit, die sich als epistemische Krise kenntlich machen lassen (2.3) und die zentrale Grundlagen politischer Aushandlungen und Kämpfe und damit auch von Konsens- und Kompromissbildung verändern und tendenziell verunmöglichen.

Diese Elemente kommen zusammen in der Reorganisation der Zivilgesellschaft im Zuge der Debatten um die Zukunft der EU (3). Anhand der *Konferenz für die Zukunft Europas (CoFoE)* werden diese Entwicklungen als widersprüchlicher Versuch analysiert, einen neuen Konsens ohne große materielle Zugeständnisse herzustellen, indem Teile

2 Zum Begriff des ‚Blocks an der Macht‘ vgl. Jäger 2010.

der Zivilgesellschaft auf bestimmte Weise in politische Prozesse einbezogen werden. In dieser Konstellation emergieren neue Akteurskonstellationen und dabei insbesondere ein (4) europäisches rechts-autoritäres Projekt, das an diese Entwicklungen anschließt, und das vor allem auf die Zerstörung der Bedingungen von Konsens ausgerichtet ist. So werden Elemente einer posthegemonialen Konstellation sichtbar, in der die Findung eines gesellschaftlichen Konsenses über die weitere Entwicklung erheblich gestört ist und sich vielmehr eine dauerhaft instabil-autoritäre Konstellation etabliert haben könnte.

2. Theoretische Grundlagen der Bestimmung einer posthegemonialen Konstellation

Lange Zeit beruhten der europäische Integrationsprozess und die Europaforschung auf „der Vorstellung einer stetig fortschreitenden Integration“ (Eppler/Schelling 2014: 11). Dieser „normative bias“ (Faber/Wessels 2005: 355) wurde nur marginal in Frage gestellt und Desintegrationstendenzen oft nicht eingehend untersucht (vgl. Börzel/Risse 2019; Ryner 2015; Vollard 2014; Webber 2014). Kritische Arbeiten sahen dagegen schon früh die europäische Integration vor allem als Antwort auf globale ökonomische Krisenprozesse (vgl. Mandel 1969; Deppe 1976) und wiesen auf die krisenhafte Eigen-dynamik der politisch-institutionellen Entwicklungen hin (vgl. Statz 1979). Im Zuge der 2008 einsetzenden Eurokrise und den daraus resultierten Herausforderungen kam es zu einer breiteren Hinwendung zur Frage der Desintegration und viele Arbeiten sahen die EU an einem Scheideweg zwischen Zerfall und vertiefter Integration (vgl. zum Beispiel Offe 2016: 13; Brunkhorst/Gaitanides/Grözinger 2015), nicht zuletzt durch das Erstarken populistischer und neo-nationalistischer Kräfte (vgl. Bevelanger/Wodak 2019). Die Gefahren eines „democratic backsliding“ (Lührmann/Lindberg 2019: 1100) zeigen sich dabei in der gesamten EU. Um den Zusammenhang und das Verhältnis von ökonomischer und politischer Integration und dessen krisenhafte Entwicklungen zu analysieren, wurden in der kritischen Europaforschung Konzepte einer kritischen politischen Ökonomie (vgl. Apeldoorn/Horn 2019) und materialistischer Staatstheorie kombiniert (vgl. Buckel et al. 2014; Kannankulam/Georgi 2012). Aus ökonomischer, politischer und rechtlicher Perspektive wurden die staatlichen Entwicklungen als *authoritarian neoliberalism* (Bruff/Tansel 2019; Bruff 2014), als *autoritärer Etatismus* (Kannankulam 2008) oder *authoritarian constitutionalism* (Oberndorfer 2015) begrifflich zu fassen versucht.

Diese Ansätze verweisen jeweils auf bestimmte Dimensionen der Verhältnisse von Politik und Ökonomie sowie von Staat und Gesellschaft. Die EU ist ein wichtiges Element dieser Verhältnisse: „Europe from the start has been an inherently *political* project of primarily *economic* integration“ (Apeldoorn/Horn 2019: 196, Hervorhebungen im Original). Um diese Konstellation zu erfassen, wird davon ausgegangen, dass die Auseinandersetzung über allgemeingesellschaftliche Belange in der Politik eine spezifische Form annimmt, durch die sich ein von Macht und Herrschaft durchzogenes gesellschaftliches Allgemeines herstellt, das nicht als affirmierter „Bezugspunkt der Analyse“ voraus-

gesetzt werden darf (Buckel/Martin 2019: 244). Auf diese Art wird es möglich, die politische Form als spezifische Form gesellschaftlicher Konflikte und ihrer Materialisierung in den Staatsapparaten zu erkennen, wobei die Art und Weise der Konflikttastragung zwar in einem bestimmten Setting gerahmt ist, die Konflikte selbst aber auch immer in gewissem Maße offen sind (vgl. Hirsch 1994; Buckel/Martin 2019). Der Staat und seine konkrete Ausgestaltung sind dabei als Ergebnis gesellschaftlicher Kämpfe zu verstehen, beziehungsweise genauer als „materielle Verdichtung gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse“ (Poulantzas 2002: 159). Der Staat ist daher nicht homogen, sondern jeder Staat ist ein Ensemble aus repressiven, ökonomischen und ideologischen Apparaten, deren innerer Zusammenhang jeweils historisch durch die gesellschaftlichen Konflikte hindurch hergestellt werden muss. Im Zuge von Inter- und Transnationalisierungsprozessen haben sich inter- und transnationale Staatsapparate entwickelt (vgl. Robinson 2001; Hirsch 2001). In der europäischen Integration hat sich dabei ein „europäisches Staatsapparateensemble“ (Buckel et al. 2014: 37f.) herausgebildet. Politische Konfliktarenen haben damit eine grundlegend europäische Dimension erhalten und es haben sich europäische Hegemonieprojekte entwickelt (vgl. ebd.), die um die Entwicklung des *Staatsprojekts Europa* (Wissel 2015; 2019) konfigurieren. Die EU ist allerdings kein Staat, sondern vielmehr ein Ensemble aus transnationalen, nationalen und regionalen Apparaten. Eine zusätzliche Besonderheit ergibt sich aus dem Zusammenspiel supranationaler und intergouvernementaler Staatsapparate und dem nichtexistenten europäischen Gewaltmonopol. Zudem hat sich eine unklare Gewaltenteilung herausgebildet, da sowohl der Europäische Rat als auch die Kommission exekutive und legislative Aufgaben übernehmen. Auch entwickelte sich trotz aller Bemühungen bisher keine dem Nationalstaat entsprechende Zivilgesellschaft (vgl. Wissel 2019). Auf europäischer Ebene verfügen daher herrschende Klassenfraktionen aufgrund des spezifischen Zusammenhangs des Staatsapparateensembles und der wenig ausgebildeten Zivilgesellschaft über weit-aus mehr Einflussmöglichkeiten auf politische Entscheidungen als subalterne Klassenfraktionen (vgl. Oberndorfer 2020b). Die EU als Staatsprojekt gründete ihre Legitimität vor allem darin, eine Erfolgsgeschichte zu sein und weniger in materiellen Kompromissen. Doch im Zuge der Krisen seit 2008 ist auch diese Legitimität brüchiger geworden, Hegemoniebildungsprozesse gerieten ihrerseits in schwere Krisen und durch die Legitimitäts- und Hegemoniekrisen geriet das Staatsprojekt selbst in eine schwere Krise (vgl. Schmid 2020; Oberndorfer 2020b; Wissel 2019). In deren Verlauf gerieten epistemische Festlegungen ins Wanken, die Deutungshoheit über die Krise ging verloren und das Verhältnis von Wissen und Wahrheit wurde brüchig. Diese epistemische Dimension der multiplen Krisen hat elementare Auswirkungen auf die Entwicklung der Bedingungen politischer Kämpfe und ihrer Institutionalisierung. Im Folgenden wird die hegemonie-theoretische Perspektive genutzt, um, ausgehend von einer kurzen Rekapitulation der Krisen, Entwicklungen im Verhältnis von Staat und Zivilgesellschaft unter besonderer Berücksichtigung der epistemischen Krise zu analysieren und zentrale Elemente der posthegemonialen Konstellation zu erfassen. Gesondertes Augenmerk wird dabei auf die Emergenz eines rechts-autoritären europäischen Projekts gelegt, das sich in seinen

politischen Strategien und Vorstellungen die epistemische Krise zunutze macht und solche Entwicklungen verstärkt, die die Wiedererlangung eines Konsenses blockieren. So werden zentrale Elemente einer posthegemonialen Konstellation in ihrem Zusammenhang analysierbar.

2.1 Posthegemoniale Tendenzen in der Entwicklung des europäischen Staatsapparateensembles in der Euro- und Finanzkrise

Das erste Jahr der Corona-Pandemie 2020 brachte eine „umfassende Krise des neoliberalen Zeitalters“ mit sich (Tooze 2021: 32). Sie sei als „Ende eines Bogens“ zu sehen, „dessen Ursprung in den 1970er Jahren zu finden“ (ebd.) sei. Damit verstärkten sich Tendenzen, die schon vor Corona eingesetzt hatten. Das neoliberalen Hegemonieprojekt, das die Entwicklung der EU insbesondere mit der Wirtschafts- und Währungsunion bestimmt hatte (vgl. Apeldoorn/Horn 2019), befand sich schon vorher in einer Krise, da es seine Machtposition vor allem durch autoritäre Maßnahmen aufrechterhielt. Nur durch die Berücksichtigung krisenhafter Langzeitentwicklungen lassen sich aktuelle disruptive Ereignisse adäquat fassen. Ein Blick zurück zeigt, dass vieles, was die gegenwärtigen Debatten über autoritäre Gefahren für die Demokratie bestimmt, keinesfalls neue Phänomene sind. Als das Wachstums- und Wohlstandsmodell der Nachkriegszeit mit einem relativ stabilen Verhältnis von Politik und Ökonomie, von Demokratie und Konsens, in eine Überakkumulationskrise geriet (vgl. Becker/Jäger 2009; Harvey 2005), wurden neoliberalen Politiken gegen viele Widerstände durchgesetzt, die eine nachhaltige Transformation von Staat und Ökonomie bedeuteten, aber die generelle Krise nicht lösten. Effekte dieser Politiken wirken bis heute. Die Bearbeitung der Überakkumulation des Kapitals Ende der 1960er Jahre, die nicht mehr durch den inneren Markt absorbiert werden konnte (vgl. Harvey 2005: 63), führte im Laufe der Jahrzehnte zu einer langen Reihe an Maßnahmen, die sinkenden Profitraten und Verwertungskrisen mit Senkung der Lohnquote und strikter Austeritätspolitik begegneten. Damit konstitutionalisierte sich ein disziplinierender Neoliberalismus, der nicht nur einen Umbau des Staates meint, sondern bis in die Alltagspraxen jede*r Einzelnen wirkt (vgl. Gill 2017; Bengtsson/Ryner 2015; Bruff 2014). Das politische Projekt bestand darin, Antwortmöglichkeiten auf Krisenprozesse einzuziehen: „As a political project, it therefore seeks to ensure that capital becomes the sole and uncontested arbiter of public policy and of development“ (Gill 2017: 638). Diese grundlegende Ausrichtung hat sich in den 1970er und 1980er Jahren durchgesetzt. Dabei haben sich der geschichtliche Block verändert und der Machtblock transnational ausgerichtet (vgl. Ougaard 2016). Schon in den 1970er Jahren wurden die politischen Verschiebungen dabei als Entwicklung eines *autoritären Populismus* (Hall 2014b) oder eines *autoritären Etatismus* (Poulantzas 2002) diskutiert (vgl. Bruff 2014; Kannankulam 2008). Der entscheidende Punkt ist der Umbau des Staates, der den Korridor politischer Entscheidungsmöglichkeiten verengte und dadurch subalterne Partizipationsmöglichkeiten immer weiter einschränkte, während gleichzeitig der Zugriff des Staates auf die Gesellschaft durch disziplinierende Maßnahmen erweitert und autoritärer strukturiert

wurde. Dies veränderte den Modus von Hegemonie nachhaltig. Davidson (2017) wertet dies als Ausrichtung an kurzfristigen Profiterwartungen, die von einem Regime permanenter rechtlicher Ausnahmezustände abgesichert würden, da es keine Strategie einer Erzeugung längerfristiger Stabilität gäbe.³ In der 2008 einsetzenden Finanz- und Eurokrise verschärften sich diese in den 1970er Jahren durchgesetzten Formen der Krisenbearbeitung in der Entwicklung der *New Economic Governance* und der verschiedenen sukzessiven Anpassungen des Stabilitäts- und Wachstumspaktes (vgl. dazu beispielsweise Ryner 2019; Oberndorfer 2020b; Biebricher 2021: 236 ff.). Es entwickelte sich ein Muster, das sich in immer kürzeren Phasen wiederholt: Die Ursachen der Krisen werden in ihrer Bearbeitung kurzfristig autoritär erweitert reproduziert, wodurch sich die politische Form nachhaltig ändert. Die Euro- und Finanzkrise wurde „misdiagnosed as one of lack of competitiveness and fiscal discipline“ (Ryner 2019: 90), was dazu führte, dass Anpassungen von Defizitländern eingefordert wurden, die in Austeritätsmaßnahmen unter dem Banner des Wettbewerbs bestanden (vgl. ebd.; Biebricher 2021). Ein wichtiger Teil der Maßnahmen bestand darin, die Entscheidungskompetenzen auf die Exekutive, insbesondere die Kommission, zu verlagern. Dadurch wurde die Krise der Demokratie beschleunigt (vgl. Oberndorfer 2020b). Dabei wurde die an sich unklare Gewaltenteilung weiter autoritär verstärkt. In den verschiedenen Anpassungen des Stabilitäts- und Wachstumspaktes während der Krise wurde die sogenannte Troika, bestehend aus der Europäischen Zentralbank (EZB), dem Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Europäischen Kommission, mit exekutiver Autorität ausgestattet. Dadurch konnte sie festlegen, was Wettbewerbsfähigkeit erzeugt, und dies in Programmen den entsprechenden Ländern auferlegen (vgl. Ryner 2019: 94). Die Einbindung subalterner Klassen(faktionen) wurde dabei solchermaßen transformiert, dass keine Zugeständnisse mehr eingegangen werden müssen (vgl. Demirović 2008), beziehungsweise nur noch je nach Politikfeld bestimmte Zielgruppen angesprochen wurden und dadurch eine Art *fragmentierte Hegemonie* (Martin/Wissel 2015) entstand. Der Begriff der fragmentierten Hegemonie wies schon in die Richtung, dass sich die Hegemonie-Herstellung und Konsenserzeugung in einer Krise befinden, allerdings ging er noch nicht weit genug.

Ein wichtiger Aspekt dieser Langzeitentwicklungen ist der Kampf um die Deutung dieser Krisen. In der umfassenden Rekonfiguration von Staat und Gesellschaft bekommt der Kampf um Ideen und Deutungen eine große Bedeutung in der Entwicklung von Handlungsplänen und ganz grundsätzlich in der Entwicklung des Bewusstseins der eigenen Interessen durch die verschiedenen Akteur*innen (vgl. Biebricher 2021: 235). Ein wesentliches Element der Krisen der letzten Jahrzehnte ist die Deutung der Krisen als Zerfall und Kulturkampf, die von neokonservativen Akteur*innen schon mehrere Jahrzehnte verbreitet wird (vgl. Dubiel 1985: 21 ff.; Strobl 2021). Dies erlaubt es, Krisen unterschiedlicher Politikfelder mit einer Deutung zu interpretieren und dadurch zugleich

3 Augenscheinlich wird dies beispielweise an den politischen Versuchen des *European Green Deal* mit der Klimakrise umzugehen, die alle marktförmig und auf Wettbewerb ausgerichtet sind wie beispielsweise der Handel mit CO₂-Zertifikaten, der den CO₂-Ausstoß verringern soll (vgl. Smith 2021).

jeweils schnell von einer Krise zur nächsten zu springen. Die Deutung der gesellschaftlichen Krisen als Kulturkampf verschmilzt im Laufe der Zeit mit Strategien der Fraktionen des autoritären Neoliberalismus, gesellschaftliche Widersprüche „nicht zu neutralisieren, sondern zu desartikulieren“ (Hall 2014a: 119). Sich zusätzende gesellschaftliche Widersprüche werden so desartikuliert und autoritär-repressiv bearbeitet.

Ein Ergebnis dieser Langzeitentwicklungen und der geführten Kämpfe ist die widersprüchliche transnationale Staatlichkeit der EU. Diese fundamentalen Wandlungsprozesse von Staatlichkeit lassen die heute noch viel bemühte Gegenüberstellung von Globalisierung und Nationalstaat als falsche Reduktion erscheinen. Mit der *Einheitlichen Europäischen Akte* 1987 und besonders dem *Vertrag von Maastricht* 1992 erhielt die EU-Integration eine neue Qualität und die politischen Arenen der Konflikttausprägung erfuhren erhebliche Veränderungen. Insbesondere mit der Einführung der Unionsbürgerschaft wurden der gesellschaftliche Kontext und die politische Institutionalisierung von Kämpfen um Hegemonie rekonfiguriert (vgl. Wissel 2015). Und zwar nach zwei Seiten: Einmal wurde mit der neuen Qualität der Integration durch die Einführung der Unionsbürgerschaft zwar die politische Arena verändert und erweitert, gleichzeitig aber wurde mit der Festschreibung der Wirtschaftspolitik in den Verträgen ein zentraler Bereich der politischen Auseinandersetzung entzogen. Diese „Entthronung der Politik“ (Chamayou 2020: 310) hatte zur Folge, dass die relative Autonomie der europäischen Staatsapparate gegenüber ökonomischen Akteur*innen prekärer wird und die eine Klassenfraktion ihre dominante Position sichern konnte, während die Apparate, in denen sich subalterne Interessen artikulieren können, geschwächt wurden (Oberndorfer 2020b). Zum Zweiten werden damit auch die imaginativen Dimensionen gesellschaftlicher Kämpfe restrukturiert, indem gerade durch die Verringerung politischer Partizipationsmöglichkeiten die Dimension der Krisendeutung und Zukunftsentwürfe wesentliches Kampffeld wurde. Der gesellschaftliche Kontext wird also durch den institutionellen und räumlichen Rahmen des europäischen Ensembles von Staatsapparaten und den gesellschaftlichen Kräften mit ihren unterschiedlichen und widersprüchlichen Imaginations- und Narrativen über Europa und sein Verhältnis zur Nation strukturiert. Damit veränderten sich auch die Bedingungen der Erzeugung eines gesellschaftlichen Konsenses fundamental. Indem die Wettbewerbsausrichtung den politischen Aushandlungsprozessen entzogen wurde, verschob sich die epistemische Selektivität der politischen Arenen, da sich derart eine bestimmte Form ökonomischen Wissens als epistemisches Fundament für die Wahrnehmung gesellschaftlicher Krisen etablierte. Politische Kämpfe wurden epistemisch restrukturiert, wodurch sich partiell gesellschaftliche Wirklichkeit (die der epistemisch Ausgeschlossenen) von politischen Entscheidungen und ihrer Legitimation entkoppelte. Schon beim Thatcherismus wurde eine solche Entkopplung bemerkt, die sich als dessen Annäherung an Ideologie und Diskurs der äußeren Rechten äußerte (vgl. Hall 2014a; 2014b). Die neoliberale Konstitution europäischer Staatlichkeit und ihre Verengung politischer Aushandlungsprozesse auf den Wettbewerb ist daher ein Element der epistemischen Krise, die wiederum von autoritären Akteur*innen verstärkt und perpetuiert wird.

2.2 Europäische Staatlichkeit und Zivilgesellschaft: Posthegemoniale Tendenzen durch Schwächung der Konsensapparate

Die politische Krise der EU zeigt sich vor allem als Hegemonie- und Legitimitätskrise (vgl. Schmidt 2020; Oberndorfer 2020b), die auch aus der fragilen Verknüpfung von Staat und Zivilgesellschaft auf europäischer Ebene resultiert. Der neoliberalen Pfad der Entpolitisierung politischer Entscheidungen durch Festschreibung von Krisenbearbeitungsmaßnahmen hat die inneren Widersprüche des europäischen Staatsapparateensembles verstärkt und damit Risse in den Hegemonieapparaten wie auch im Machtblock erzeugt, die wiederum strukturell auf Risse im geschichtlichen Block verweisen. Diese Risse wurden durch die disruptive Corona-Krise noch weiter vertieft. Risse und Disruptionen treffen zusätzlich auf die Ungleichzeitigkeit der Entwicklung von politischer und ziviler Gesellschaft. Die *a priori* stärkere Position der Zwangssapparate erschwerte zusätzlich die Entwicklung konsensorientierter Krisenbearbeitungen, wobei dennoch auch in widersprüchlicher Weise eine europäische Zivilgesellschaft adressiert wurde.

Mit dem Vertrag von Maastricht wurde mit der Währungs- und Wirtschaftsunion auch das Projekt einer politischen Union mit der Einführung der Unionsbürgerschaft vorangetrieben (vgl. Wissel 2015: 136 ff.). Damit begannen die „europäischen Apparate (Parlament, Kommission, Europäischer Gerichtshof, etc.) [...] die Bedingungen einer europäischen Zivilgesellschaft im Sinne Gramscis herzustellen“ (Wissel 2019: 48). Dadurch wurden die politischen Konfliktarenen grundlegend verändert und europäisiert, denn nicht zuletzt der Europäische Gerichtshof entwickelte sich zu einer Instanz, über deren Rechtsprechung zu sozialen und politischen Rechten subalterne Interessen artikuliert werden konnten. Doch blieben die Elemente der politischen Union weitgehend auf die Unionsbürgerschaft und symbolische Formen beschränkt. Felder, auf denen sich subalterne Interessen organisieren und artikulieren – vor allem solche der Redistribution – blieben durch die bescheidenen „fiskalischen Kapazitäten der EU generell sehr beschränkt“ und weitgehend auf der nationalstaatlichen Ebene (Bieling 2019: 121). Insofern ergibt sich eine besondere institutionelle Struktur, die als europäisches Ensemble mit nationalen Apparaten eine räumlich fragmentierte Staatlichkeit ergibt, was sich wiederum in der EU-Architektur mit vielen Agenturen wie *Frontex* als spezifische Apparatform darstellt (vgl. Wissel 2019). Dies ergibt sich nicht zuletzt daraus, dass trotz der Ansätze zur politischen Union die politische Ökonomie der europäischen Integration von der neoliberalen Marktintegration bestimmt war und ist. Daraus ergibt sich auch der Widerspruch zwischen den Bemühungen, die Bedingungen für die Entstehung einer europäischen Zivilgesellschaft zu schaffen und ihrer nur rudimentären Ausbildung auf europäischer Ebene. So erweist sich die Europäisierung von Staatlichkeit nicht zuletzt als Arrangement, das es Kapitalfraktionen erlaubt, die im Nationalstaat „materialisierten [...] Kräfteverhältnisse zu umgehen“ (Elliesen/Henkel/Kempe 2019: 140). Zugleich zeigt sich, dass die europäischen Apparate eine geringere Dichte und Widerstandskraft gegenüber Kapitalfraktionen aufweisen, wobei gleichzeitig die Bevölkerung von Entscheidungen und Partizipationsmöglichkeiten distanziert wird (vgl. Wissel 2019: 52).

In staats- und hegemonietheoretischen Auseinandersetzungen wird in der Analyse dieser Entwicklungen häufig die Bedeutung der politischen Parteien in Hegemoniebildungsprozessen übersehen (vgl. Jäger 2010). Dabei sind sie in der Organisation und Bündelung von Interessen und ihrer Übersetzung in ein politisches Hegemonieprojekt von wichtiger Bedeutung. Für die (ungleiche) Entwicklung des Verhältnisses von Zivilgesellschaft und politischer Gesellschaft in und durch die EU sind allerdings zwei Entwicklungen zu berücksichtigen: einmal der Niedergang der klassischen *catch-all*-Parteien auf nationaler Ebene und zum zweiten die Entwicklungen auf europäischer Parteienebene. Für die Erzeugung eines hegemonialen Konsenses wie für die Produktion einer Einheit der widersprüchlichen Staatsapparate sind Parteien wichtige Formen, durch die sowohl der Machtblock als auch die illusorische Allgemeinheit hergestellt wird (vgl. Jäger 2010). Ihre tiefgreifende Transformation ist daher auch ein Ausdruck der Fragmentierung des Staates und ihres Verlusts der Fähigkeit, diese Einheit herzustellen. Parteien höhlen sich von innen aus, das heißt, strukturieren sich im inneren autoritär um (vgl. Mair 2013), beziehungsweise kollabieren und neue Parteiformen entstehen, wie exemplarisch an Macrons *La République en Marche* gesehen werden kann (vgl. Ama-ble/Palombarini 2018). Auf europäischer Ebene haben sich zwar auch Parteien herausgebildet, die aber weiterhin mehr als Netzwerke der nationalen Mitgliedsparteien fungieren. Sie sind geprägt durch „stetige Veränderungen in der Mitgliederschaft“, durch „interne Heterogenität sowie ihren Charakter als dynamische Netzwerkorganisationen“ (Weigl 2021: 159). Die Fraktionen im Europäischen Parlament zeigen in den letzten Jahren diese Veränderungen ebenfalls an. Vor allem die rechte Fraktion *Identität und Demokratie*, die nach der Wahl 2019 gegründet wurde und das Ausscheiden der *Fidesz* aus der Europäischen Volkspartei (*EVP*) haben die Verschiebungen innerhalb des europäischen Parteiensystems gezeigt. Hier zeigen sich in den Veränderungen und Kämpfen innerhalb des europäischen Parteiensystems die Risse im Machtblock beziehungsweise der Verlust der Repräsentation herrschender Klassenfraktionen durch die Parteien, was nicht zuletzt in der Spaltung des neoliberalen Blocks in pro- und anti-europäische Kräfte sichtbar wird (vgl. Slobodian/Plehwe 2020). Weiterer Ausdruck der spezifischen Form von Staatlichkeit auf europäischer Ebene ist die geringere Bedeutung von Parteien und Parlament im legislativen Bereich, wobei in den oben genannten Krisenprozessen das Parlament zusätzlich geschwächt wurde (vgl. Wissel 2016: 276). Durch die Transformation des Staates im Zuge der Europäisierung und die sich gegenseitig verstärkenden Krisen treten Kämpfe um die Bearbeitung dieses Zustands verstärkt auf dem Terrain der Ideologie hervor. Insbesondere die Zivilgesellschaft ist hierbei von hoher Bedeutung, da hier Krisendeutungen geformt werden, wodurch die kollektive Wahrnehmung der Krisensituation maßgeblich beeinflusst wird (vgl. Roose/Sommer/Scholl 2018: 6). Das Verhältnis von Zivilgesellschaft und Staat auf europäischer Ebene ist daher ein wichtiges Element der Krise des Staatsprojekts Europa. Verstärkt durch die epistemische Krise treten Veränderungen der politischen Konfliktformen ein, die autoritären Strategien erweiterte Möglichkeiten bieten, da nicht zuletzt der epistemische Konsens über das Verhältnis von Wahrnehmung und Gegenstand zerbröckelt und so der Raum für autoritäre Ver-

schiebungen in der Deutung der Krise(n) und dessen, was Europa sein soll, geöffnet wird. Es ist jedoch eine paradoxe Entwicklung: Zum einen wird der EU-Kommission bescheinigt, wie kaum eine andere staatliche Institution zivilgesellschaftliche Organisation und Einbindung gefördert zu haben (vgl. Grote 2019), auf der anderen Seite hat diese Einbindung nur sehr begrenzte Partizipation an Entscheidungsprozessen mit sich gebracht:

„Civil society organisations have a role to play in the intermediary space of the European system. They participate in agenda-setting debates and in policy consultations but not in decision-making; they have voice but not a vote.“ (Kohler-Koch 2009: 50)

Während Lobby-Organisationen, die Kapitalinteressen vertreten, aufgrund der deutlich durchlässigeren Grenzen zwischen Politik, Bürokratie und Ökonomie in der EU leichter Einfluss gewinnen können, werden die Räume für zivilgesellschaftliche Zusammenhänge in den letzten Jahren durch die Krisenprozesse kleiner (vgl. Ruzza 2021: 121; Roose/Sommer/Scholl 2018; Wissel 2016: 278).

Im Zuge der Bearbeitung der Eurokrise haben sich daher sowohl die neoliberalen Ausrichtung auf Wettbewerb als auch die „Institutionalisierung permanenter Austerität“ (Jesop 2016: 146) noch verschärft. Insbesondere erweiterte sich durch die Modifikationen des Stabilitäts- und Wachstumspaktes im Laufe der Finanzkrise die Bedeutung der Exekutive. Durch die Ratifizierung von Generalklauseln bei gleichzeitiger Umgehung der EU-Verträge wurden die Möglichkeiten der Exekutive stark erweitert (vgl. Oberndorfer 2020b; Ryner 2019). Dadurch wurden demokratische Partizipationsmöglichkeiten geschwächt, da Parlamente umgangen werden konnten und zugleich Sicherheitsapparate gestärkt, um die exekutiven Entscheidungen abzusichern. Das Ergebnis war die weitere Festigung der Wettbewerbsausrichtung.⁴ Mit der Corona-Krise und dem *NextGenerationEU*-Programm sowie der Aufbau- und Resilienzfazilität schien allerdings die Entwicklung einen neuen Weg einzuschlagen und das Dogma der Austerität zu bröckeln. So wurde in den Beschlüssen des Europäischen Rats vom 21.7.2020 das Paradigma des Verschuldungsverbots aufgeweicht (vgl. Europäischer Rat 2020a). Allerdings zeichnete sich schnell ab, dass sich keine Kehrtwende einstellen würde, sondern die Maßnahmen vielmehr die EU als neoliberales Projekt retten sollten (vgl. Oberndorfer 2020b). Auch die Exekutive wird durch die Maßnahmen eher weiter gestärkt, da die Maßnahmen der Aufbau- und Resilienzfazilität vom Rat „im Wege eines Durchführungsrechtsakts zu billigen sei“ (Europäischer Rat 2020a: 7), also am Parlament vorbei durchgesetzt werden. Die Hilfen der Aufbau- und Resilienzfazilität sind zudem mit den wirtschaftspolitischen Zielen der EU verknüpft und können bei Verstoß gegen deren Prinzipien wie Schuldenvermeidung oder „fehlende[.] Umsetzung der EU-Empfehlungen“ eingestellt werden (Becker 2022: 18).

Innereuropäisch zeigten sich in den Auseinandersetzungen um diese Maßnahmen vielfältige Konfliktlinien, die weit über die konkreten Corona-Maßnahmen hinausgehen und auch Fragen der Rechtsstaatlichkeit und des *European Green Deal* betreffen (vgl.

4 Beispielsweise in der Industrie-, Lohn- und Arbeitsmarktpolitik (vgl. Wigger 2019; Syrovatka 2022).

de la Porte/Jensen 2021). Die EU-Kommission hat zudem die Corona-Krise genutzt, um über die *Recovery*-Pläne die eigenen wirtschaftspolitischen Eingriffsmöglichkeiten zu erhöhen. Darin drückt sich eine widersprüchliche Entwicklung aus. Die Verknüpfung der Aufbau- und Resilienzfazilität mit dem europäischen Semester (vgl. Europäische Union 2021) unterstreicht die exekutive Macht der Kommission, die Unterstützung für Mitgliedsländer von der Implementierung weitreichender wirtschaftspolitischer Maßnahmen abhängig zu machen. Zugleich wird der *NextGenerationEU*-Plan insbesondere mit digitaler Entwicklung und Klimaschutzprogrammen verbunden, die als neues Entwicklungsmodell die EU wieder als fortschrittliches Projekt kennzeichnen und so einen neuen hegemonialen Konsens produzieren sollen. Dabei soll allerdings so wenig wie möglich an der prinzipiellen ökonomischen Ausrichtung verändert werden (vgl. Ryner 2021: 11). Die Kommissionspräsidentin sieht beides als Möglichkeit für kurzfristige Lösungen wie auch eine langfristige Wohlstandsentwicklung (vgl. von der Leyen 2021) und damit als Anstoß zu einem neuen Entwicklungsmodell, das aber hauptsächlich aus dem alten Mantra des Wettbewerbs besteht. Gleichzeitig zeigen sich darin vervielfältigte Brüche zwischen den Mitgliedsstaaten und der EU, so dass die EU auch hier autoritäre Tendenzen verstärkt, so wie umgekehrt autoritäre Entwicklungen in Mitgliedsländern (beispielsweise Polen, Ungarn, Italien) die Kräfteverhältnisse auf EU-Ebene verschieben (vgl. Kelemen 2020; Lührmann/Lindberg 2019). Die autoritären Entwicklungen bestehen in der tendenziellen Aufhebung der Gewaltenteilung, wie sie im europäischen Ensemble angelegt ist, und in der Schwächung von Parlamenten gegenüber der Exekutive, wie sie sich etwa in den Generalklauseln und den erweiterten Kompetenzen der Kommission in der Durchsetzung neoliberaler Reformen auf nationaler Ebene zeigt. Hinzu treten massive Veränderungen des Parteiensystems und eine wachsende Bedeutung von Netzwerken mächtiger Klassenfraktionen (vgl. zum Beispiel Wissel 2016: 273 f.).

Die vervielfältigten Konflikte sind dabei Ausdruck der Erosion des Vermittlungsvermögens zwischen Kapitalakkumulation und sozialer Legitimation durch die EU (vgl. Ryner 2019: 90). So entkoppeln sich tendenziell politische Öffentlichkeit und Partizipationsmöglichkeiten und die epistemische Selektivität europäisierter Konfliktarenen transformiert sich ebenso wie die Bedingungen der entsprechenden politischen Kämpfe. Die epistemische Krise schlägt sich auch in der Entwicklung europäischer Staatlichkeit nieder. Denn mit dem Strukturwandel der Öffentlichkeit, Digitalisierung und Informationalisierung haben sich nicht nur die ökonomischen Produktivkräfte verändert, sondern auch die „Technobasis“ (Haug 2012: 75) der Herrschafts- und Hegemonieapparate. Planung, Kontrolle, Kommunikation und die Produktion eines gesellschaftlichen Konsenses sind dadurch affiziert. Dies spielt insbesondere in dem Ausbau der Sicherheitsapparate eine Rolle, da Krisenbearbeitung zu einer sicherheitspolitischen Absicherung neoliberaler Marktimperative wird, wodurch abweichende Entwicklungen mehr und mehr als Sicherheitsproblem markiert werden (vgl. Oberndofer 2019). Sicherheitspolitisches Wissen erlangt größere Bedeutung in Konflikten, was politische Entwicklungspfade wiederum prägt. Dieser Überhang vermindert die Möglichkeiten der Schaffung eines hegemonialen Konsenses.

2.3 Konsens und Wahrheit? Die epistemische Krise als zentrales Element der posthegemonalen Konstellation

In die Rekonfiguration des europäischen Staatsapparateensembles hat sich zusätzlich eine „epistemische Krise“ (Bankler/Haris/Roberts 2018) im Zusammenhang mit einem neuen Strukturwandel der Öffentlichkeit (vgl. Habermas 2021) eingeschrieben. Hegemonie basiert auf der Möglichkeit gesellschaftlicher Übereinkunft über eine geteilte Epistemologie, die fundamental den Zugriff auf die Welt strukturiert und die epistemische Grundlage von Konsens und Hegemonie darstellt. Die von Gramsci antizipierte und analysierte Durchdringung von politischer und ziviler Gesellschaft im entstehenden Fordismus brachte neben der grundlegenden Trennung geistiger und körperlicher Arbeit, ihrer Materialisierung in den Staatsapparaten und damit der herrschaftlichen Formierung von Wissen und Wissensproduktion im und durch den Staat, eine spezifische Verknüpfung von Wissensproduktion, Wissensform, politischer Organisation und der Produktion gesellschaftlicher Gemeinschaftlichkeit mit sich. Diese Durchdringung von politischer und ziviler Gesellschaft prägte auch die epistemische Selektivität des Staates. Über die zivilgesellschaftliche Formierung konnte subalterne Expertise in politische Kompromisse einfließen, wodurch sich der hegemoniale Konsens und Kompromiss auch in den dabei produzierten Vorstellungen des Allgemein-Gemeinschaftlichen zeigte.

Die Reartikulation von Staat und Gesellschaft in der Krise verändert die Wahrnehmung von Gesellschaft und damit auch die Führung politischer Konflikte. Vor allem wird jene Wahrnehmung zunehmend umkämpft, so dass epistemische Krise und Strukturwandel der Öffentlichkeit vor allem die Öffnung des politischen Konflikts um gesellschaftliche Deutung und Wahrheit bedeutet. Die gegenwärtige epistemische Krise ist nicht an sich als autoritäre Entwicklung zu verstehen, auch wenn die technologischen Entwicklungen digitaler Kommunikation Möglichkeiten für autoritäre Akteur*innen eröffnet haben (vgl. Marcks/Fielitz 2020). Aber die Etablierung neuer Technologien allein reicht nicht aus, sondern vielmehr muss das spezifisch-strategische Agieren rechts-autoritärer Akteur*innen vor dem Hintergrund des Zusammenspiels der ökonomischen und politischen Krise mit epistemischen Erschütterungen beachtet werden (vgl. Bankler/Faris/Roberts 2018: 42).

In den Krisenkämpfen wird das Wissen über die soziale Realität selbst prekär. Eine institutionelle Langzeitfolge ist die widersprüchliche Rekonfiguration der epistemischen Selektivität des Staates. Diese hat sich in doppelter Weise verschoben. Einmal zeigt sich in den Entwicklungen der Überakkumulationskrise und ihrer Bearbeitung. So nahm die Bedeutung der Finanzökonomie zu, die eine bestimmte Form des Wissens benötigt. Es ist ein Wissen, das vor allem aus Information besteht, deren Hauptcharakteristik in der Abtrennung des Wissens von Begründungen und Legitimation des Markthandelns besteht, demzufolge Information also Wissen minus Begründungsnotwendigkeit sei (vgl. Vogl 2021: 34 ff.). Das bedeutet, dass die reale „Immunisierung“ (Lüggert 2017) politischer Institutionen gegen alternative Entwicklungspfade und Krisenbearbeitungsweisen eine epistemische Dimension aufweist, da Krisenereignisse, gesellschaftliche Ungleichheiten und so weiter von einem politischen zu einem Verwaltungsproblem transformiert

werden. Hierfür rücken technokratische Wissensformen ins Zentrum, die selbst ihre eigene Begründung in sich tragen beziehungsweise dabei das neoliberalen Gesellschaftsbild transportieren, während alternative Wissensformen (zum Beispiel konkurrierende wissenschaftliche Ansätze oder Expertise aus der Zivilgesellschaft) aus der politischen Kampfarena ausgeschlossen werden. Zweitens werden politische Konflikte zunehmend als Wissenskonflikte ausgetragen, als Konflikte um die richtige Expertise, die dann nur noch umgesetzt werden müsse. Teil der Verschiebungen der epistemischen Selektivität des Staates ist auch die Bedeutungssteigerung von Wissen und die *Epistemisierung des Politischen* (Bogner 2021), die ebenfalls zu einer Form autoritärer Geltungsansprüche von Wissensformen führen kann, die wiederum die Entpolitisierung politischer Entscheidungen unterstützen (vgl. Nullmeier 2021). Dabei droht die herrschaftliche Struktur des umkämpften Wissens unberücksichtigt zu bleiben und so unreflektiert den Kämpfen vorgelagert zu werden.

Diese Vorlagerung und Festschreibung entzieht nicht nur zentrale politische Konzepte und Begriffe der Aushandlung, sondern entkoppelt selbst das Verhältnis von Begriff und Wahrheit, indem Widersprüche der materiellen Wirklichkeit (wenn beispielsweise die ökonomische Ausrichtung sichtbar zu mehr Armut statt Wohlstand führt) de-thematisiert werden. Damit wird der Boden bereitet für politische Strategien, die die herrschenden Episteme des Politischen unmittelbar und vorreflexiv ablehnen und angreifen. Die Strategie der (neuen) Rechten, an die Widersprüche des Alltagsverständns anzuknüpfen und dessen irrational-affektive Dimensionen zu verstärken, indem politische Praxis darauf ausgerichtet wird, permanent Wut zu erzeugen und zu mobilisieren, ist ein elementarer Bestandteil der epistemischen Krise. Indem beispielsweise die EU als ‚Superstaat‘ von vermeintlich abgehobenen kosmopolitischen Eliten gezeichnet wird, die sich zur Aufgabe gemacht haben, durch Migration die europäischen Völker zu zersetzen, wird an rassistische Ressentiments angeknüpft, die als Wut auf die EU artikuliert werden (vgl. hierzu beispielsweise die 2021 von 16 Parteien der (extremen) Rechten unterzeichnete *Deklaration für die Zukunft Europas*; FPÖ (2021)). Aussagen in diesem Sinne haben ein Wahrheitsverständnis eigener Art: Der Zusammenhang zwischen Aussage und politischem Gegenstand wird irrelevant, einzig relevanter Wahrheitsanzeiger wird die Wirksamkeit der Aussage auf die Mobilisierung von Gefolgschaft. „Wahrheit, als bloße Wirksamkeit verstanden, ist die Aufhebung der Orientierung an Geltungsansprüchen. Ein solches Wahrheitsverständnis [...] macht jede Kommunikation in Verständigungsabsicht zunichte“ (Nullmeier 2021: 30). Das postfaktische Handeln ist auf Unmittelbarkeit aus, es bedient unmittelbar affektive Bedürfnisse, es schaltet Reflexivität aus und bewegt sich nicht in Widersprüchen, sondern inszeniert sich selbst als unmittelbarer Widerspruch zur Gesellschaft und ihren Institutionen. Es ist ausgerichtet auf die Zerstörung partizipatorischer Elemente bei gleichzeitiger Verstärkung repressiver Elemente. Es ist eine Form, in der Langfristigkeit nicht existiert, denn mit der Zerstörung von Kommunikation in Verständigungsabsicht wird auch die Möglichkeit von Kompromissen, die langfristige Entwicklungen beinhalten, zerstört. Dies entspricht damit einer Ausrichtung an einer kurzfristigen Krisenbearbeitung, die kurzfristige Interessen verabsolutiert, wodurch

gleichzeitig repressive Tätigkeit zunehmen muss, um die krisengetriebene Kurzfristigkeit abzusichern. Hier konvergieren postfaktische Politiken mit nicht hegemonieorientierten neoliberalen Politiken. Beispielsweise integrierte Thatcher schon sich widersprechende Aussagen und Handlungen, um mittels Affektmobilisierung Interessenorganisation zu destabilisieren und die Durchsetzung spezifischer Kapitalinteressen zu ermöglichen (vgl. Hall 2014b). Die In-Frage-Stellung der Gesellschaft durch die Ausrichtung auf Wettbewerb führte damit auch zu einem Verlust eines gesellschaftlich geteilten Zugriffs auf die gesellschaftliche Realität. In einer solchen Krisensituation muss das „Fehlen eines *a fortiori* bestehenden Hintergrundkonsenses durch die Gemeinsamkeit der öffentlichen Meinungs- und Willensbildung wettgemacht werden“ (Habermas 2021: 473). Dem Zusammenspiel der verschiedenen Dimensionen der epistemischen Krise liegt dabei nicht zuletzt die Transformation der Verhältnisse von Öffentlichkeit und Staat, von Politik und Ökonomie zugrunde. „Diese Entwicklungen sind keine peripheren Erscheinungen in stabilen Demokratien, sondern sie bedingen eine fundamentale Re-Konfiguration des Verhältnisses von Öffentlichkeit und Demokratie“ (van Dyk 2021: 69). Europäische Öffentlichkeit und Staatlichkeit sind zentrale Elemente dieser Rekonfiguration. Die politisch-konstitutionelle Einschränkung von Kompromissen, insbesondere in der wirtschaftspolitischen Ausrichtung der EU, wirkt verstärkend auf Desartikulationsstrategien autoritärer Akteur*innen, die Krisenursachen auf vermeintliche Feinde der Nation beziehungsweise der europäischen Völker verschieben. Mit der Veränderung von Staatlichkeit und Zivilgesellschaft wird der Zusammenhang von differenten Politikfeldern und -arenen prekär, da er zunehmend autoritär hergestellt werden muss. Dies öffnet rechten und autoritär-antidemokratischen Umdeutungen⁵ den Weg, nicht zuletzt, weil die epistemische Selektivität des Staates einer autoritären Transformation unterliegt.

3. Die EU und die Rekonfiguration der Zivilgesellschaft: die Zukunft Europas als fundamentales Kampffeld

Während also die Maßnahmen und Ausrichtungen im Zuge der Aufbau- und Resilienzfazilität wie auch des *NextGenerationEU*-Plans Weichen für eine neue langfristige politisch-ökonomische Entwicklung stellen sollen und dabei zugleich Widersprüche innerhalb der EU verstärken, werden die Folgen der Krisenentwicklungen für demokratische Partizipation und Zivilgesellschaft vor allem mit der Durchführung der *Konferenz für die Zukunft Europas* (*CoFoE*) bearbeitet, die sich einreihen in die vielfältigen Bemühungen der Kommission, eine europäische Zivilgesellschaft zu entwickeln (vgl. Grote 2019). Dies ist ein Ausdruck für das bestimmte Verhältnis von Zivilgesellschaft und europäischem Staatsapparateensemble. Die Risse im geschichtlichen Block und im Machtblock wer-

5 Um rechte autoritäre Strategien und autoritäre Transformationen der EU zu unterscheiden, wird hier die Formulierung autoritär-antidemokratisch gewählt. Rechte Strategien zielen per se auf autoritäre Veränderungen der Gesellschaft. Die autoritären Tendenzen der EU sind widersprüchlicher und weisen auch Gegentendenzen auf. Autoritär-antidemokratische Tendenzen zielen letztlich auf die Zerstörung demokratischer Institutionen.

den begleitet von einer widersprüchlichen Entwicklung der Zivilgesellschaft, die in Teilen autoritäre Elemente aufweist und Verstärkungseffekte für autoritäre Entwicklungen politischer Institutionen zeitigt (vgl. Ruzza 2009). Hierbei können autoritäre Strategien mittlerweile in besonderer Weise auf Resonanz treffen, da die Risse im Machtblock sich als massive Veränderungen in den Parteiensystemen und Parteien darstellen, was auf ein Auseinanderbrechen der Repräsentation von (Kapital)Interessen durch angestammte Parteien hindeutet.

Damit hat sich eine Konstellation eröffnet, in der grundsätzliche Fragen auf die Tagesordnung gerückt sind. Nach der *Brexit*-Entscheidung 2016 wurde in der *Bratislava-Declaration* ein Prozess zur Zukunft der EU angestoßen, der das Weißbuch zur Zukunft der EU bis zu der mittlerweile durchgeführten Konferenz für die Zukunft Europas (*CoFoE*) reicht. Vom Europäischen Rat, dem Parlament und der Kommission initiiert, befindet sich die *CoFoE* in der Tradition der Förderung zivilgesellschaftlicher Organisationen und schließt an die Bürgerdialoge zur Zukunft Europas im Jahr 2018 an. Ein Ergebnis dieser Bürgerdialoge war, dass die deutsche Bundesregierung (2019: 20, Hervorhebungen im Original) ihre „Aktivitäten verstärken“ wolle, „die Arbeit und die Funktionsweise der Europäischen Union besser *zu erklären und den Nutzen für die Bürgerinnen und Bürger herauszustellen*“. Mit der *CoFoE* wurde versucht, die Bürgerforen als neue Form der Partizipation an politischen Entscheidungsprozessen zu installieren und Bürger*innen nicht mehr als bloße Adressat*innen politischer Erklärungen zu verstehen. Dies wurde als eine neue Chance der Demokratisierung der EU durch Installation deliberativer Verfahren verstanden (vgl. Abels et al. 2022). Doch auch diese Möglichkeit blieb von vorneherein beschränkt, die Kompetenzen der *CoFoE* innerhalb des europäischen Institutionengefuges blieben bisher unklar. Die *CoFoE* ist ein Versuch, eine europäische Zivilgesellschaft zu fördern und Legitimation für politische Entscheidungen herzustellen und gleichzeitig die hohe Selektivität europäischer Apparate aufrechtzuerhalten. Dabei zeigen sich vielfältige Widersprüche innerhalb der EU. In der Entschließung des Europäischen Parlaments (2020: 7) wird gefordert, dass die Empfehlungen und Ergebnisse der *CoFoE* von den Organen der EU „verfolgt und in Maßnahmen umgesetzt werden müssen“, gleichzeitig aber wird in der Verlautbarung des Europäischen Rates festgehalten, dass die *CoFoE* nicht in den Bereich des Artikel 48 des Vertrages über die EU fällt, der die Möglichkeiten von Vertragsänderungen regelt (vgl. Europäischer Rat 2020b: 7; Plottka 2021: 3 f.). Daher gab es keine vorab festgelegte rechtlich bindende Erklärung über die Folgen aus den Empfehlungen der *CoFoE*. Die deutsche Bundesregierung, als mächtige Akteurin in der EU, stellte zwar in Aussicht, einen Konvent zur Veränderung der EU-Verträge zu fordern (vgl. Schäfer 2022: 899), betonte aber gleichzeitig, dass nicht alle Vorschläge umsetzbar sein werden (vgl. Lührmann 2022). Inhaltlich werden in der *CoFoE* tatsächlich zentrale Themen bearbeitet, wie beispielsweise Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Klimawandel, Europäischer *Green Deal*. Allerdings folgen diese auch einem vorgegebenen Rahmen, der insbesondere die grundlegende Wettbewerbsausrichtung der EU a priori festschreibt. Die strategische Agenda der EU hat die Themenzuschnitte der Bürgerforen deutlich geformt.

„On the one hand, citizens are supposed to deliberate on the topics of the Strategic Agenda; on the other hand, the Council has made clear that these priorities are already the results of citizens' dialogues and consultations and it did not signal any readiness to revise the Strategy based on the conference's outcome. Such a top-down approach to citizens' participation aims solely at confirming that the European Council has set the correct priorities.“ (Plottka 2021: 4)

Auch nach Abschluss der *CoFoE* zeigten sich starke Risse innerhalb der EU. Während das Europäische Parlament (2022) in einer Entschließung das Verfahren zur Änderung der EU-Verträge anstieß, blieben die Europäische Kommission (2022) und der Europäische Rat (2022) in ihren Kommentierungen zurückhaltender. Ein *Non-Paper* (2022) von 13 Mitgliedsländern lehnte zudem jegliche Vertragsänderungen ab, was auf deutliche Konflikte innerhalb der Mitgliedsländer hinweist. In den Empfehlungen der *CoFoE* wird zudem deutlich, dass zentrale Aspekte, wie die ökonomischen Festschreibungen in den Europäischen Verträgen, nicht angetastet werden und viele politische Empfehlungen unter das Banner der Erzeugung von Wettbewerbsfähigkeit gestellt werden (vgl. ebd.)

Aus einer hegemonietheoretischen Perspektive wird mit der Schaffung einer temporären Einbindung von Bürger*innen in eine vorgeformte deliberative Struktur versucht, der Legitimationskrise entgegenzuwirken und den weitgehend fehlenden erweiterten Staat zu substituieren. Hier könnten einerseits demokratisierende Effekte erzeugt werden, wenn es eine Festlegung der Rolle der Bürgerforen gäbe und diese thematisch auch über den gesetzten Rahmen hinaus wirksam werden könnten. Bleibt dies unklar, wird Legitimation weiterhin vor allem durch ideologische Anrufung erzeugt. So sprach die Kommissionsvorsitzende von der Leyen (2021: 7 f.) in ihrer Rede zur Lage der Union 2021 vor allem von der Notwendigkeit, in Erwartung „verstärkter Konkurrenz“ eine europäische Verteidigungsunion zu bauen. Gerahmt wird die Rede von dem Begriff der „Seele Europas“ (ebd.: 13) der so als das verbindende, legitimatorische und identitätsstiftende Moment wirkt. Dabei wird auf eine spezifische Weise die Zivilgesellschaft angesprochen und zur Unterstützung der von den Institutionen ausgerufenen politischen Notwendigkeiten aufgerufen. So sollen Legitimationsdefizite der EU-Institutionen abgebaut werden, ohne die Möglichkeit einer tatsächlichen Änderung in Aussicht zu stellen. Die *CoFoE* markiert damit eine Reaktion auf den Bruch zwischen repressivem und erweitertem Staat, der temporär bearbeitet wird, ohne jedoch diese Lücke tatsächlich zu schließen. Damit werden die autoritären Tendenzen auf EU-Ebene nur kurzfristig ideologisch bearbeitet, aber die Möglichkeit einer umfassenden Demokratisierung und Veränderung ihrer Ausrichtung wird zugleich versagt. Dadurch wird ein neues politisches Konflikt-Terrain geschaffen, auf dem sich sowohl demokratische als auch antidemokratische Akteur*innen formieren können. Die antidemokratischen Formierungen schließen an die autoritären Elemente der Entwicklungen der EU an und positionieren sich offensiv auf diesem Terrain.

4. Rechte Strategien im Kampf um die Zukunft Europas

Seit 2018 können verstärkt europäische Orientierungen rechter Parteien und außerparlamentarischer Akteur*innen festgestellt werden. Gerade vor der ‚Richtungswahl‘ zum europäischen Parlament 2019 zeichnete sich eine Erweiterung rechter Aktivitäten auf europäischer Ebene ab, wobei sich Konturen eines rechten europäischen Projekts entwickelten. In dessen politischen Strategien lassen sich einige grundlegende Elemente beobachten, die an die Krisenprozesse andocken und diese auf eine ganz spezifische Art bearbeiten. Die Emergenz dieses rechten europäischen Projekts ist dabei Ausdruck der Risse im Block an der Macht, die sich insbesondere in der Spaltung im neoliberalen Projekt (vgl. Slobodian/Plehwe 2020), den Neuformierungen des konservativen Projekts und daran anschließend den Transformationen in den europäischen rechten und mitte-rechts-Faktionen im Europaparlament zeigen. Allerdings ist die Formierung eines neuen Projekts kein automatischer Prozess, sondern fußt auf der kontingenten Etablierung und Verbreiterung ähnlicher Strategien in historischen Möglichkeitsfenstern. Die rechts-autoritären Strategien zielen nun nicht auf Hegemonie und Konsens, sondern vielmehr auf die Transformation der gesellschaftlichen Aushandlung, um eine autoritäre Form akklamatorischer Zustimmung zu etablieren. Zwei Dimensionen werden in diesen Strategien relativ erfolgreich zusammengeführt: erstens die Verstärkung autoritärer Tendenzen des bestehenden Ensembles europäischer Staatsapparate durch Angriffe auf die Elemente von Konsensaushandlung und Hegemonieproduktion und zweitens die Verstärkung der epistemischen Krise durch die Mobilisierung regressiver Affektivität und darin liegenden Angriffen auf den epistemischen Konsens. Beide Dimensionen verschmelzen in den autoritären Strategien:

„Das Schüren von Misstrauen in demokratische Institutionen erzeugt dann umso mehr Rückzug in gruppenbezogene ‚Wahrheiten‘ sowie vorurteils- und affektgesteuerte Realitätsdeutungen, die durch keine Erfahrung mehr korrigierbar sind oder sein sollen.“ (King 2021: 88)

Konkret zeigt sich dies einerseits als Angriff auf die Apparate und Institutionen des rudimentären erweiterten Staates auf europäischer Ebene, also auf diejenigen Apparate, die subalterne Interessen noch am ehesten artikulieren, wie das Parlament oder der Europäische Gerichtshof. Das drückt sich zum einen in Parteiprogrammen aus, in denen die EU als in Transformation zu einem „planwirtschaftlichen Superstaat“ (AfD 2021: 30) befindlich gedeutet wird, den man nun zurückbauen müsse durch Abbau ihrer Institutionen, insbesondere durch die Abschaffung des EU-Parlaments (vgl. AfD 2019: 12) sowie die Ersetzung des Europäischen Gerichtshofes durch ein Schiedsgericht (ebd.: 13). Auch in den europäischen Erklärungen rechter Parteien finden sich diese Angriffe. Zuletzt unterzeichneten Vertreter*innen mehrerer rechter Parteien nach einem Treffen Ende Januar 2022 in Madrid eine Erklärung, in der der Europäische Gerichtshof attackiert wird, da im Februar 2022 Urteile in den Verfahren gegen Ungarn und Polen erwartet wurden (vgl. Rassemblement National 2022).⁶

6 Mittlerweile hat der Europäische Gerichtshof zuungunsten von Polen und Ungarn geurteilt (vgl. Europäischer Gerichtshof 2022).

Polen und Ungarn sind bedeutende Akteure im innereuropäischen Konflikt um Rechtsstaatlichkeit, da in beiden Ländern Medien und Justiz autoritären Umbaumaßnahmen unterworfen wurden (vgl. Elliesen/Henkel/Kempe 2019; Kelemen 2020). Um die autoritären Angriffe auf Institutionen gesellschaftlicher Aushandlung abzusichern, wird daher gefordert, die Kompetenzen des Europäischen Gerichtshofs zurückzunehmen (vgl. Rassemblement National 2022). Auf nationaler und regionaler Ebene wird dies begleitet von vielfältigen Angriffen auf zivilgesellschaftliche Organisationen, politische Bildung, Schulen, Universitäten oder auch zentral auf Gewerkschaften (vgl. Erben/Bieling 2020). Es sind Strategien, die auf „die absichtsvolle Zerstörung politischer Institutionen und Verfahren“ (Sutterlüty 2021: 82) zielen und dabei insbesondere an die Ungleichzeitigkeit in der Entwicklung zwischen repressivem und erweitertem Staat im europäischen Apparateensemble ansetzen.

Zugleich wird dies verknüpft mit einer Demokratie-Kritik, die auf eine vermeintliche Unmittelbarkeit des Verhältnisses von Volkswillen und politischen Institutionen hinauswill (vgl. Keil 2020). Dieser mythische Zustand ist bei näherer Betrachtung das Zentrum der Attacken auf die epistemische Ordnung. Der Kampf um die Deutung von Krisen betrifft damit das grundlegende Verständnis von politischen Institutionen und gesellschaftlichen Erscheinungen. Schon immer versuchen Rechte, völkische, autoritäre Praktiken durch Umdeutungen fundamentaler Begriffe annehmbar zu machen und bearbeiten dazu insbesondere grundlegende Begriffe wie ‚(Rechts)Staat‘,⁷ ‚Nation‘ oder auch ‚Europa‘ (vgl. Kornexl 2008). Solchermaßen werden auch die vielfältigen Krisen autoritär reinterpretiert (vgl. Nagy 2020). In der Debatte um die Zukunft Europas wurden in den letzten Jahren viele Zusammenschlüsse und einige Erklärungen und Manifeste von rechten europäischen Bündnissen geschrieben, die auch an die von der EU initiierte Debatte anknüpfen (vgl. zum Beispiel Orbán 2021; Deklaration 2021). In diesen Manifesten und Erklärungen wird ein Verständnis Europas entwickelt, das Europa dichtotom der EU entgegenseetzt, womit auf ein ursprüngliches Europa rekurreert wird, das von der EU zerstört werde (vgl. Glencross 2020). Dabei verbleibt es weitgehend im Vagen, wie genau eine Rückkehr zu diesem ursprünglichen Europa aussehen könnte. Nur dessen ‚Feinde‘ werden klar benannt: Migrant*innen, die EU-Bürokratie, (dunkle) Eliten, Globalisten und so weiter. Der Vorsitzende der spanischen Partei *VOX*, Santiago Abascal Conte, sagte bei dem besagten Treffen 2021 in Madrid: „It is we who defend Europe. We will not allow the hammer and sickle flag to be raised, nor the crescent flag, nor the dark flag of the globalist elites“.⁸ Die zentralen Zukunftsfragen der EU, die auch in der *CoFoE* debattiert werden, und die diesen Fragen zugrundeliegenden Krisen (Rechtsstaatlichkeit, Ökonomie, Klima und so weiter) sowie ihre Wahrnehmung werden von rechts solchermaßen bearbeitet, dass die Kriseninterpretation von der Wirklichkeit entkoppelt wird.

Das Entscheidende in dieser strategischen Ausrichtung ist, dass sie eine andere Form der Übereinkunft impliziert, die von einem Konsens in der Form von Hegemonie

7 Zum Rechtsstaat vgl. den Beitrag von Maximilian Pichl in diesem Themenschwerpunkt.

8 Zitiert nach dem offiziellen Twitter-Account für internationale Nachrichten von *VOX* (https://twitter.com/Vox_mundi_/status/1487504542686142467, 02.02.2022).

stark abweicht. In der dichotomen Konstruktion ursprünglicher Entitäten wie Europa wird die Einheit vorgesellschaftlich gedacht in Form eines mythischen Naturzustands. Dieser mythische Naturzustand kann nicht durch Kompromiss wiederhergestellt werden, sondern nur durch Zerstörung all dessen, was ihn bedroht. Zugleich wird dieser wiederherstellende Zustand nicht weiter beschrieben. Es geht vielmehr darum, vage mythische Formeln zu entwickeln, die in verschiedensten Situationen Wutaffekte mobilisieren, und dadurch auch die epistemischen Grundlagen von gesellschaftlicher Aushandlung zu zerstören. Die Politik der Unmittelbarkeit, der Mobilisierung von Affekten, führt zu einer Krisenbearbeitung, die auf unmittelbare Gewaltanwendung hinausläuft und dabei an die Stärkung repressiver Apparate anknüpft und diese wiederum verstärkt. Indem dem mythischen Naturzustand moderne Gesellschaft als generelles Problem entgegengesetzt wird, wird gleichzeitig der gesellschaftliche Naturzustand kapitalistischer Krisenprozesse affiniert und seine gesellschaftliche Konstitution geleugnet. Diese Strategien – Zerstörung von epistemischen Übereinkünften, mythische Reinterpretation fundamentaler Beschreibungen von Gesellschaft und ihrer Krisen und dichotomisierende permanente Affektmobilisierungen – sind auf europäischer Ebene zu einer bedeutenden gesellschaftlichen Kraft geworden. Sie verstärkt die vielfältigen Krisen und knüpft an sie an, aber sie ist nicht das Andere der Krisen oder der europäischen Politik, sondern Teil der posthegemonalen Konstellation, in der sich die verschiedenen antihegemonalen Politikformen autoritär verstärken und verdichten.

5. Fazit: Europäische Staatlichkeit in der posthegemonalen Konstellation

Die Dynamik der europäischen Krisenentwicklungen hat zu weitreichenden Rekonfigurationen politischer Institutionen und Konfliktarenen geführt, in der sich verschiedene Elemente einer posthegemonalen Konstellation herausbilden. Sie muss als Resultat tiefgreifender politischer Kämpfe, nicht als teleologisch vorgezeichnete Entwicklung, verstanden werden.

Als wesentliche Elemente wurden die Entwicklung eines europäischen Staatsapparateensembles und die autoritäre Rekonfiguration von politischer und ziviler Gesellschaft in der ökonomischen Situation der Überakkumulation ausgemacht. Zentrales politisches Kampffeld sind Imaginationen über die Zukunft Europas, die in ihrer jeweiligen Weise mit der epistemischen Krise und damit der Krise allgemeiner Deutungen des gesellschaftlichen Krisenzustands verknüpft sind. Innerhalb dieses Kampffeldes konnten autoritäre transnationale Netzwerke entstehen, deren Agenda in der Zerstörung gesellschaftlicher Konsensauhandlungsmöglichkeiten zugunsten einer mythisierten Unmittelbarkeit und letztlich unmittelbarer Gewaltausübung liegt. Diese Strategien können größere Effekte zeitigen, da in der multiplen Krise die autoritäre Verschiebung der epistemischen Selektivität des Staates auf einen tiefgreifenden Strukturwandel der Öffentlichkeit trifft. In der Corona-Pandemie haben sich die Kämpfe um legitimes Wissen, um die Wahrnehmung der gesellschaftlichen Welt intensiviert und die epistemische

Krise ausgeweitet. Die EU versucht mit der initiierten Debatte über die Zukunft Europas, Terrain auf diesem Kampffeld zurückzugewinnen, allerdings ohne den dominanten Modus der Integration substantiell zu verändern. Trotz des demokratischen Potentials neuer deliberativer Formen wurden diese hier in ihrer tatsächlichen Gestalt als Symptom der autoritären Rekonfiguration von politischer und ziviler Gesellschaft analysiert. Diese Konstellation erweist sich daher weniger als Polarisierung, denn vielmehr als komplexe mehrdimensionale Konstellation autoritärer Entwicklungen, die sich gegenseitig verstärken. Insbesondere die in der bisherigen (kritischen) Europaforschung unterbelichteten Kämpfe um die epistemische Selektivität des Staates in der Entwicklung einer epistemischen Krise sind dabei zu berücksichtigen. Diese Skizze soll einen Beitrag dazu leisten, ein Analyseinstrumentarium für diese Lücke zu entwickeln, um die posthegemoniale Konstellation besser zu verstehen und die weitere Entwicklung politischer Kämpfe in einen größeren Zusammenhang einordnen zu können. Trotz aller Schließungen und autoritären Tendenzen bleibt der Ausgang politischer Kämpfe immer offen.

Literatur

- Abels, Gabriele/ Alemanno, Alberto / Crum, Ben / Demidov, Andrey / Hierlemann, Dominik / Renkamp, Anna / Trechsel, Alexander, 2022: Next level citizen participation in the EU. Institutionalising European Citizens' Assemblies, Gütersloh.
- Alternative für Deutschland (AfD), 2019: Europawahlprogramm; https://www.afd.de/wp-content/uploads/2019/03/AfD_Europawahlprogramm_A5-hoch_web_150319.pdf, 20.01.2022.
- Alternative für Deutschland (AfD), 2021: Deutschland. Aber Normal. Programm der Alternative für Deutschland für die Wahl zum 20. Bundestag; https://www.afd.de/wp-content/uploads/2021/06/20210611_AfD_Programm_2021.pdf, 20.01.2022.
- Amable, Bruno / Palombarini, Stefano, 2018: Von Mitterand zu Macron. Über den Kollaps des französischen Parteiensystems, Berlin.
- Apeldoorn, Bastian von / Horn, Laura, 2019: Critical Political Economy. In: Antje Wiener / Tanja A. Börzl / Thomas Risse (Hg.), European Integration Theory, Oxford, 195–215. <https://doi.org/10.1093/hepl/9780198737315.003.0010>
- Bader, Pauline / Becker, Florian / Demirović, Alex / Dück, Julia, 2011: Die multiple Krise – Krisenodynamiken im neoliberalen Kapitalismus. In: Alex Demirović / Julia Dück / Florian Becker / Pauline Bader (Hg.), Vielfachkrise im finanzmarktdominierten Kapitalismus, Hamburg, 11–28.
- Bankler, Yochai / Haris, Robert / Roberts, Hal, 2018: Network Propaganda: Manipulation, Disinformation, and Radicalization in American Politics, Oxford. <https://doi.org/10.1093/oso/9780190923624.001.0001>
- Becker, Joachim / Jäger, Johannes, 2009: Die EU und die große Krise. In: PROKLA – Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft 39, 541–558. <https://doi.org/10.3238/prokla.v39i157.410>
- Becker, Peter, 2022: Konditionalität als Instrument europäischer Governance. SWP-Studie 6, Berlin.
- Bengtsson, Erik / Ryner, Magnus, 2015: The (International) Political Economy of Falling Wage Shares: Situating Working-Class Agency. In: New Political Economy 20, 406–430. <https://doi.org/10.1080/13563467.2014.951430>
- Bevelander, Pieter / Wodak, Ruth, 2019: Europe at the crossroads. An Introduction. In: Dies. (Hg.), Europe at the Crossroads. Confronting Populist, Nationalist and Global Challenges, Lund, 7–22. <https://doi.org/10.2307/jj.919494.3>

- Biebricher, Thomas, 2021: Die politische Theorie des Neoliberalismus, Berlin. https://doi.org/10.1007/978-3-658-23845-2_38
- Bieling, Hans-Jürgen, 2019: Europäische Integration und wohlfahrtsstaatliche Entwicklung. In: Daniel Keil / Jens Wissel (Hg.), Staatsprojekt Europa. Eine staatstheoretische Perspektive auf die Europäische Union, Baden-Baden, 117–136. <https://doi.org/10.5771/9783748900900-117>
- Bogner, Alexander, 2021: Die Epistemisierung des Politischen. Wie die Macht des Wissens die Demokratie gefährdet, Stuttgart.
- Bruff, Ian, 2014: The Rise of Authoritarian Neoliberalism. In: Rethinking Marxism: A Journal of Economics, Culture & Society 26, 113–129. <https://doi.org/10.1080/08935696.2013.843250>
- Bruff, Ian / Tansel, Cemal B., 2019: Authoritarian neoliberalism: trajectories of knowledge production and praxis. In: Globalizations 16, 233–244. <https://doi.org/10.1080/14747731.2018.1502497>
- Brunkhorst, Hauke / Gaitanides, Charlotte / Grözinger, Gerd, 2015 (Hg.): Europe at a Cross-road. From Currency Union to Political and Economic Governance?, Baden-Baden. <https://doi.org/10.5771/9783845261768>
- Buckel, Sonja / Georgi, Fabian / Kannankulam, John / Wissel, Jens, 2014: Theorie, Methoden und Analysen kritischer Europaforschung. In: Forschungsgruppe „Staatsprojekt Europa“ (Hg.), Kämpfe um Migrationspolitik. Theorie, Methode und Analysen kritischer Europaforschung, Bielefeld, 15–86. <https://doi.org/10.1515/transcript.9783839424025.15>
- Buckel, Sonja / Martin, Dirk, 2019: Aspekte einer gesellschaftskritischen Theorie der Politik. In: Ulf Bohmann / Paul Sörensen (Hg.), Kritische Theorie der Politik, Berlin, 243–266.
- Bundesregierung 2019: Bürgerdialog zur Zukunft Europas. Bericht der Bundesregierung; <https://www.bundesregierung.de/resource/blob/975292/1549424/cceb507578ebdc79057b166a8d2bb5f3/buergerdialog-zur-zukunft-europas-download-data.pdf>, 07.02.2022.
- Chamayou, Grégoire, 2020: Die unregierbare Gesellschaft. Eine Genealogie des autoritären Liberalismus, Berlin.
- Davidson, Neil, 2017: Crisis Neoliberalism and Regimes of Permanent Exception. In: Critical Sociology 43, 615–634. <https://doi.org/10.1177/0896920516655386>
- De la Porte, Caroline / Jensen, Mads D., 2021: The next generation EU: An analysis of the dimensions of conflict behind the deal. In: Social Policy & Administration 55, 1–15. <https://doi.org/10.1111/spol.12709>
- Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ), 2021: Deklaration für die Zukunft Europas; <https://www.fpoe.at/artikel/deklaration-fuer-die-zukunft-europas/>, 25.04.2022.
- Deppe, Frank, 1976: Westeuropäische Integration als Krisenprozeß. In: Ders. (Hg.), Arbeiterbewegung und westeuropäische Integration, Köln, 9–70.
- Demirović, Alex, 2008: Neoliberalismus und Hegemonie. In: Christoph Butterwegge / Bettina Lösch / Ralf Ptak (Hg.), Neoliberalismus, Wiesbaden, 17–33. https://doi.org/10.1007/978-3-531-90899-1_2
- Demirović, Alex, 2022: Out of Joint. In: Ders. / Andreas Fisahn / Birgit Mahnkopf / Carolin Mauritz / Christa Wichterich / Fritz Reheis / Peter Wahl / Stefanie Hürtgen / Thomas Sablowski / Ulrich Duchrow (Hg.), Das Chaos verstehen. Welche Zukunft in Zeiten von Zivilisationskrise und Corona? Zeitdiagnosen aus dem wissenschaftlichen Beirat von Attac, Hamburg, 45–66.
- Dubiel, Helmut, 1985: Was ist Neokonservatismus? Frankfurt (Main).
- Elliesen, Moritz / Henkel, Nicholas / Kempe, Sophie, 2019: Ziemlich beste Feinde: Fidesz und die EU. Zur Entwicklung eines ambivalenten Verhältnisses. In: Daniel Keil / Jens Wissel (Hg.), Staatsprojekt Europa. Eine staatstheoretische Perspektive auf die Europäische Union, Baden-Baden, 137–157. <https://doi.org/10.5771/9783748900900-137>
- Erben, Sylvia M. / Bieling, Hans-Jürgen, 2020: Gewerkschaften und Rechtspopulismus: Erfahrungen und Lernprozesse aus Österreich, Schweden und den Niederlanden im Vergleich. Studie der Hans-Böckler-Stiftung Nr. 440; https://www.boeckler.de/fpdf/HBS-007684/p_study_hbs_440.pdf, 16.08.2023.
- Europäischer Gerichtshof, 2022: Pressemitteilung Nr. 28/22; <https://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2022-02/cp220028de.pdf>, 27.06.2023.

- Europäische Kommission, 2020: Die Stunde Europas – Schäden beheben und Perspektiven für die nächste Generation eröffnen; https://ec.europa.eu/commission/presscorner/api/files/document/print/de/ip_20_940/IP_20_940_DE.pdf, 27.06.2023.
- Europäische Kommission, 2022: Conference on the Future of Europe. Putting Vision into Concrete Action; https://eur-lex.europa.eu/resource.html?uri=cellar:849c105d-f09b-11ec-a534-01aa75ed71a1.0002.02/D_OC_1&format=PDF, 27.06.2023.
- Europäisches Parlament, 2020: Standpunkt des Europäischen Parlaments zur Konferenz über die Zukunft Europas; https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2020-0010_DE.pdf, 07.02.2022.
- Europäisches Parlament, 2022: European Parliament resolution of 9 June 2022 on the call for a Convention for the revision of the Treaties; https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2022-0244_EN.html, 01.11.2022.
- Europäischer Rat, 2020a: Außerordentliche Tagung des Europäischen Rates (17.–21. Juli 2020) – Schlussfolgerungen; <https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-10-2020-INIT/de/pdf,03.09.2020>.
- Europäischer Rat, 2020b: Conference on the Future of Europe, Dokument 9102/20 vom 24.06.2020; <https://www.consilium.europa.eu/media/44679/st09102-en20.pdf>, 27.06.2023.
- Europäischer Rat, 2022: Conference on the Future of Europe – Proposals and related specific measures contained in the report on the final outcome of the Conference on the Future of Europe: Preliminary technical assessment; <https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-10033-2022-ADD-1/en/pdf,01.11.2022>.
- Europäische Union, 2021: Verordnung (EU) 2021/241 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Februar 2021 zur Einrichtung der Aufbau- und Resilienzfazilität; <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:32021R0241,26.06.2023>.
- Faber, Anne / Wessels, Wolfgang, 2005: Die Verfassungskrise der EU als Krise „der Integrations-theorie“? In: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 12, 353–359. <https://doi.org/10.5771/0946-7165-2005-2-353>
- Fielitz, Maik / Marcks, Holger, 2020: Digitaler Faschismus – die sozialen Medien als Motor des Rechts-extremismus, Berlin.
- Foster, John B. / Suwandi, Intan, 2021: Covid-19 and Catastrophe Capitalism. In: Alex Callinicos / Stathis Kouvelakis / Lucia Pradella (Hg.), Routledge Handbook of Marxism and Post-Marxism, New York, 545–559. <https://doi.org/10.4324/9781315149608-65>
- Gill, Stephen, 2017: Transnational Class Formations, European Crisis and the Silent Revolution. In: Critical Sociology 43, 635–651. <https://doi.org/10.1177/0896920516656920>
- Glencross, Andrew, 2020: „Love Europe, hate the EU“: A genealogical inquiry into populists’ spatio-cultural critique of the European Union and its consequences. In: European Journal of International Relations 26, 116–136. <https://doi.org/10.1177/1354066119850242>
- Grote, Jürgen R., 2019: Civil society and the European Union. From enthusiasm to disenchantment. In: Forschungsjournal Soziale Bewegungen 32, 543–556. <https://doi.org/10.1515/fjsb-2019-0060>
- Habermas, Jürgen, 2021: Überlegungen und Hypothesen zu einem erneuten Strukturwandel der politischen Öffentlichkeit. In: Martin Seeliger / Sebastian Sevignani (Hg.), Ein neuer Strukturwandel der Öffentlichkeit? Leviathan Sonderband 37, Baden-Baden, 470–500. <https://doi.org/10.5771/9783748912187-470>
- Hall, Stuart, 2014a [1982]: Popular-demokratischer oder autoritärer Populismus. In: Ders. (Hg.), Populismus, Hegemonie, Globalisierung. Ausgewählte Schriften 5, Hamburg, 101–120.
- Hall, Stuart, 2014b [1985]: Die Bedeutung des autoritären Populismus für den Thatcherismus. In: Ders. (Hg.), Populismus, Hegemonie, Globalisierung. Ausgewählte Schriften 5, Hamburg, 121–132.
- Harvey, David, 2005: Der neue Imperialismus, Hamburg.
- Haug, Wolfgang F., 2012: Hightech-Kapitalismus in der großen Krise, Hamburg.

- Hirsch, Joachim, 1994: Politische Form, politische Institutionen und Staat. In: Ders. / Josef Esser / Christoph Görg (Hg.), Politik, Institutionen und Staat. Zur Kritik der Regulationstheorie, Hamburg, 157–211.
- Hirsch, Joachim, 2001: Die Internationalisierung des Staates. Anmerkungen zu einigen aktuellen Fragen der Staatstheorie. In: Ders. / Bob Jessop / Nicos Poulantzas (Hg.), Die Zukunft des Staates, Hamburg, 101–138.
- Jäger, Michael, 2010: Machtblock und Parteien bei Poulantzas. In: Alex Demirović / Stephan Adolphs / Serhat Karakayali (Hg.), Das Staatsverständnis von Nicos Poulantzas. Der Staat als gesellschaftliches Verhältnis, Baden-Baden, 241–258. <https://doi.org/10.5771/9783845221038-241>
- Jessop, Bob, 2016: Neoliberalismen, kritische politische Ökonomie und neoliberalen Staaten. In: Thomas Biebricher (Hg.), Der Staat des Neoliberalismus, Baden-Baden, 123–151. <https://doi.org/10.5771/9783845276045-121>
- Jörke, Dirk, 2019: Die Größe der Demokratie: über die räumliche Dimension von Herrschaft und Partizipation, Berlin.
- Kannankulam, John, 2008: Autoritärer Etatismus im Neoliberalismus, Hamburg.
- Kannankulam, John / Georgi, Fabian, 2012: Die Europäische Integration als materielle Verdichtung von Kräfteverhältnissen. Arbeitspapier Nr. 30, Marburg.
- Keil, Daniel, 2020: Rechte Strategien in der Krise der Demokratie: Krisenperpetuierung und Pseudopartizipation. In: Sozialpolitik in Diskussion 22, 38–47.
- Kelemen, Roger D., 2020: The European Union's authoritarian equilibrium. In: Journal of European Public Policy 27, 481–499. <https://doi.org/10.1080/13501763.2020.1712455>
- King, Vera, 2021: Autoritarismus als Regression. In: Westend. Neue Zeitschrift für Sozialforschung 1, 87–102.
- Knodt, Michèle / Große Hüttmann, Martin / Kobusch, Alexander, 2020: Die EU in der Polykrise: Folgen für das Mehrebenen-Regieren. In: Andreas Grimmel (Hg.), Die neue Europäische Union. Zwischen Integration und Desintegration, Baden-Baden, 119–152. <https://doi.org/10.5771/9783748905516-117>
- Kohler-Koch, Beate, 2009: The three worlds of European civil society – What role for civil society for what kind of Europe? In: Policy and Society 28, 47–57. <https://doi.org/10.1016/j.polsoc.2009.02.005>
- Konferenz zur Zukunft Europas, 2022: Bericht über das endgültige Ergebnis. Mai 2022; https://futureu.europa.eu/rails/active_storage/blobs/redirect/eyJfcMFBHMiOnsibWVzc2FnZSI6IkJBaHBBN1k-zQVE9PSIsImV4cCI6bnVsbCwicHVyIjoiYmxvYl9pZCJ9fQ==--979329ec2a7a6a6d312ba-c4a45d84ac816c61c99/CoFE_Final_report_DE_WEB_annexes.pdf, 01.11.2022.
- Kornexl, Klaus, 2008: Das Weltbild der Intellektuellen Rechten in der Bundesrepublik Deutschland. Dargestellt am Beispiel der Wochenzeitschrift Junge Freiheit, München.
- Lührmann, Anna, 2022: Rede im Deutschen Bundestag am 27.01.2022. In: Deutscher Bundestag (Hg.), Stenografischer Bericht, 14. Sitzung, 895–896.
- Lührmann, Anna / Lindbergh, Staffan I., 2019: A third wave of autocratization is here: what is new about it? In: Democratization 26, 1095–1113. <https://doi.org/10.1080/13501347.2019.1582029>
- Lüggert, Max, 2017: Die Immunisierung der Krisenverarbeitung in der Eurozone. In: Annette Förster / Matthias Lemke (Hg.), Die Grenzen der Demokratie. Gegenwartsdiagnosen zwischen Politik und Recht, Wiesbaden, 111–140. https://doi.org/10.1007/978-3-658-16295-5_7
- Mair, Peter, 2013: Ruling the Void. The Hollowing of Western Democracy, London / New York.
- Mandel, Ernest, 1968: Die EWG und die Konkurrenz Europa-Amerika, Frankfurt (Main).
- Manow, Philip, 2018: Die Politische Ökonomie des Populismus, Berlin.
- Martin, Dirk / Wissel, Jens, 2015: Fragmentierte Hegemonie. Anmerkungen zur gegenwärtigen Konstellation von Herrschaft. In: Dirk Martin / Susanne Martin / Jens Wissel (Hg.), Perspektiven und Konstellationen kritischer Theorie, Münster, 220–239.
- Nagy, Zsófia, 2020: The Discursive Construction of Crisis: Hungary's Spiral to Populism. In: Communication, Culture and Critique 13, 130–133. <https://doi.org/10.1093/ccc/tcz053>

- Nullmeier, Frank, 2021: Wahrheit, Öffentlichkeit und Meinung. In: Frieder Vogelmann / Martin Nonhoff (Hg.), *Demokratie und Wahrheit*, Baden-Baden, 23–44. <https://doi.org/10.5771/9783748930167-21>
- Obendorfer, Lukas, 2015: From new constitutionalism to authoritarian constitutionalism. In: Johannes Jäger / Elisabeth Springler (Hg.): *Asymmetric Crisis in Europe and possible Futures. Critical political economy and post-Keynesian perspectives*, London / New York, 186–207.
- Obendorfer, Lukas, 2020a: Beibehaltung, Modifizierung oder Bruch mit der neoliberalen Geschäftsgrundlage? Der EU-Recovery-Plan und die Rolle des Europarechts. In: *infobrief eu & international* 2, 17–25; <http://wien.arbeiterkammer.at/euinfobrief>, 21.06.2023.
- Obendorfer, Lukas, 2020b: Between the Normal State and an Exceptional State Form: Authoritarian Competitive Statism and the Crisis of Democracy in Europe. In: Stefanie Wöhl / Elisabeth Springler / Martin Pachel / Bernhard Zeilinger (Hg.), *The State of the European Union. Fault Lines in European Integration*, Wiesbaden, 23–44.
- Offe, Claus, 2016: *Europa in der Falle*, Berlin.
- Orbán, Viktor, 2021: Über die Zukunft Europas; <https://ungarnheute.hu/news/viktor-orbans-7-punkte-fuer-europa-17849/>, 07.02.2022.
- Ougaard, Morten, 2016: The reconfiguration of the transnational power bloc in the crisis. In: *European Journal of International Relations* 22, 459–482. <https://doi.org/10.1177/1354066115589616>
- Plotka, Julian, 2021: *Making the Conference on the Future of Europe a Success*, Berlin.
- Rassemblement National, 2022: Déclaration commune – Sommet de Madrid; <https://rassemblement-national.fr/communiques/declaration-commune-sommet-de-madrid/>, 07.02.2022.
- Robinson, William I., 2001: Social theory and globalization: The rise of a transnational state. In: *Theory and Society* 30, 157–200. <https://doi.org/10.1023/A:1011077330455>
- Rokkan, Stein, 2000: *Staat, Nation und Demokratie in Europa. Die Theorie Stein Rokkans aus seinen gesammelten Werken, rekonstruiert und eingeleitet von Peter Flora*, Frankfurt (Main).
- Roose, Jochen / Sommer, Moritz / Scholl, Franziska 2018: *Krise und Zivilgesellschaft*. In: Dies. (Hg.), *Europas Zivilgesellschaft in der Wirtschafts- und Finanzkrise*, Wiesbaden, 3–18. https://doi.org/10.1007/978-3-658-20897-4_1
- Ruzza, Carlo, 2009: Populism and euroscepticism: Towards uncivil society? In: *Policy and Society* 28, 87–98. <https://doi.org/10.1016/j.polsoc.2009.02.007>
- Ruzza, Carlo, 2021: The institutionalisation of populist political discourse and conservative uncivil society in the European Union. In: *Nordicom Review* 42, 119–133. <https://doi.org/10.2478/nor-2021-0010>
- Ryner, Magnus, 2015: Europe's ordoliberal iron cage: critical political economy, the euro area crisis and its management. In: *Journal of European Public Policy* 22, 275–294. <https://doi.org/10.1080/13501763.2014.995119>
- Ryner, Magnus, 2019: The Authoritarian Neoliberalism of the EU. Legal Form and International Politico-Economic Sources. In: Eva Nanopoulos / Fotis Vergis (Hg.), *The Crisis behind the Eurocrisis. The Eurocrisis as a Multidimensional Systemic Crisis of the EU*, Cambridge, UK, 89–98. <https://doi.org/10.1017/9781108598859.005>
- Ryner, Magnus, 2021: Passive Revolution/Silent Revolution: Europe's Recovery Plan, the Green Deal, and the German Question. Helsinki Centre for Global Political Economy Working Paper 05/2021, Helsinki.
- Sablowski, Thomas, 2020: Eine historische Wende in der Europapolitik? Die EU-Programme in der Corona-Krise; <https://zeitschrift-luxemburg.de/artikel/die-eu-programme-in-der-corona-krise/>, 26.06.2023.
- Schäfer, Axel, 2022: Rede im Deutschen Bundestag am 27.01.2022. In: *Deutscher Bundestag. Stenografischer Bericht*, 14. Sitzung, 897–899.
- Schmidt, Vivien A., 2020: Europe's Crisis of Legitimacy. Governing by Rules and Ruling by Numbers in the Eurozone, Oxford. <https://doi.org/10.1093/oso/9780198797050.001.0001>
- Slobodian, Quinn / Plehwe, Dieter, 2020: Neoliberals against Europe. In: William Callison / Zachary Manfredi (Hg.), *Mutant Neoliberalism. Market Rule and Political Rupture*, New York, 89–111. <https://doi.org/10.5422/fordham/9780823285716.003.0004>

- Smith, Tone, 2021: Wie Grün ist der Green New Deal? In: PROKLA – Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft 51, 9–30. <https://doi.org/10.32387/prokla.v51i20.1928>
- Statz, Albert, 1979: Grundelemente einer politökonomischen Theorie der westeuropäischen Integration, Frankfurt (Main).
- Streeck, Wolfgang, 2016: The Post-Capitalist Interregnum. In: Juncture 23, 68–77. <https://doi.org/10.1111/newe.906>
- Streeck, Wolfgang, 2021: Zwischen Globalismus und Demokratie, Berlin.
- Strobl, Natascha, 2021: Radikalisierter Konservatismus. Eine Analyse, Berlin.
- Sutterlüty, Ferdinand, 2021: Destruktivität des Rechtspopulismus. In: Westend - Neue Zeitschrift für Sozialforschung 18, 73–86.
- Syrovatka, Felix, 2022: The emergence of a New European Labour Policy regime: Continuity and change since the eurocrisis. In: Competition & Change 26, 575–602. <https://doi.org/10.1177/10245294211031051>
- Toozé, Adam, 2021: Welt im Lockdown. Die globale Krise und ihre Folgen, München. <https://doi.org/10.17104/9783406773488>
- Van Dyk, Silke, 2021: Die Krise der Faktizität und die Zukunft der Demokratie. Strukturwandel der Öffentlichkeit in Zeiten von Fake News, Technokratie und Wahrheitskritik. In: Martin Seeliger / Sebastian Sevignani (Hg.), Ein neuer Strukturwandel der Öffentlichkeit? Leviathan Sonderband 37, Baden-Baden, 68–90. <https://doi.org/10.5771/9783748912187-68>
- Vogl, Joseph, 2021: Kapital und Ressentiment, München. <https://doi.org/10.17104/9783406769559>
- Volland, Hans, 2014: Explaining European Disintegration. In: Journal of Common Market Studies 52, 1142–1159. <https://doi.org/10.1111/jcms.12132>
- Von der Leyen, Ursula, 2021: Rede zur Lage der Union; <https://ec.europa.eu/info/strategy/strategic-planning/state-union-addresses/state-union-202.de>, 07.02.2022.
- Webber, Douglas, 2014: How likely is it that the European Union will disintegrate? A critical analysis of competing theoretical perspectives. In: European Journal of International Relations 20, 341–365. <https://doi.org/10.1177/1354066112461286>
- Weigl, Michael, 2021: Europäische Parteien. In: Werner Weidenfeld / Wolfgang Wessels (Hg.): Jahrbuch Europäische Integration 2021, Baden-Baden, 159–162. <https://doi.org/10.5771/9783748912668-159>
- Widmann, Peter, 2016: Wandel und Wut. Zur politischen Soziologie des Neonationalismus. In: Wolfgang Benz (Hg.), Fremdenfeinde und Wutbürger. Verliert die demokratische Gesellschaft ihre Mitte? Berlin, 29–44.
- Wigger, Angela, 2019: The new EU industrial policy: authoritarian neoliberal structural adjustment and the case for alternatives. In: Globalizations 16, 353–369. <https://doi.org/10.1080/14747731.2018.1502496>
- Wissel, Jens, 2015: Staatsprojekt Europa. Grundzüge einer materialistischen Theorie der Europäischen Union, Münster. https://doi.org/10.1007/978-3-658-03790-1_11
- Wissel, Jens, 2016: Autoritärer Wettbewerbsatismus. Dynamiken der „marktkonformen Demokratie“ in Europa. In: Thomas Biebricher (Hg.), Der Staat des Neoliberalismus, Baden-Baden, 263–284. <https://doi.org/10.5771/9783845276045-263>
- Wissel, Jens, 2019: Staatsprojekt Europa in Zeiten von Krise und gesellschaftlicher Desintegration. In: Daniel Keil / Jens Wissel (Hg.), Staatsprojekt Europa. Eine staatstheoretische Perspektive auf die Europäische Union, Baden-Baden, 41–60. <https://doi.org/10.5771/9783748900900-41>
- Wissel, Jens / Wolff, Sebastian, 2017: Political Regulation and the Strategic Production of Space. The European Union as a Post-Fordist State Spatial Project. In: Antipode 49, 231–284. <https://doi.org/10.1111/anti.12265>
- Zimmer, Thomas, 2019: Reflections on the Challenges of Writing a (Pre-)History of the „Polarized“ Present. In: Modern American History 2, 403–408. <https://doi.org/10.1017/mah.2019.32>
- Zürn, Michael, 2020: Zurück zur sozialistischen Internationale? Replik auf Carsten Nickel, Floris Biskamp und Michael Hartmann. In: Leviathan 48, 161–175. <https://doi.org/10.5771/0340-0425-2020-2-161>